

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 181 (2015)

Heft: 9

Artikel: Keine Spur von "Arabia Felix" im Jemen

Autor: Martzken, Heino

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-583209>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Keine Spur von «Arabia Felix» im Jemen

Seit mehreren Jahren, praktisch von der internationalen Gemeinschaft kaum wahrgenommen, fechten die beiden Regionalmächte Saudi-Arabien und Iran ihren religiösen und geostrategischen Disput in Jemen auf dem Rücken der leidgeplagten Bevölkerung aus. Es spiegelt sich im Land der Königin von Saba der Kern der internationalen muslimischen Krise wieder – der Kampf zwischen Sunniten und Schiiten, repräsentiert durch das sunnitische Saudi-Arabien und den schiitischen Iran.

Heino Matzken

Die Römer nannten es aufgrund seines Reichtums einst «Arabia Felix», das glückliche Arabien. Doch das gebirgige Land im Süden der arabischen Halbinsel ist weit von diesem Attribut entfernt. Seine 25 Millionen Bürger leiden nicht nur unter Hitze, Wirtschaftskrise und innenpolitischer Machtwechsel. Angriffe der saudischen Luftwaffe brachten die Region zurück auf die Titelseiten. Auf den ersten

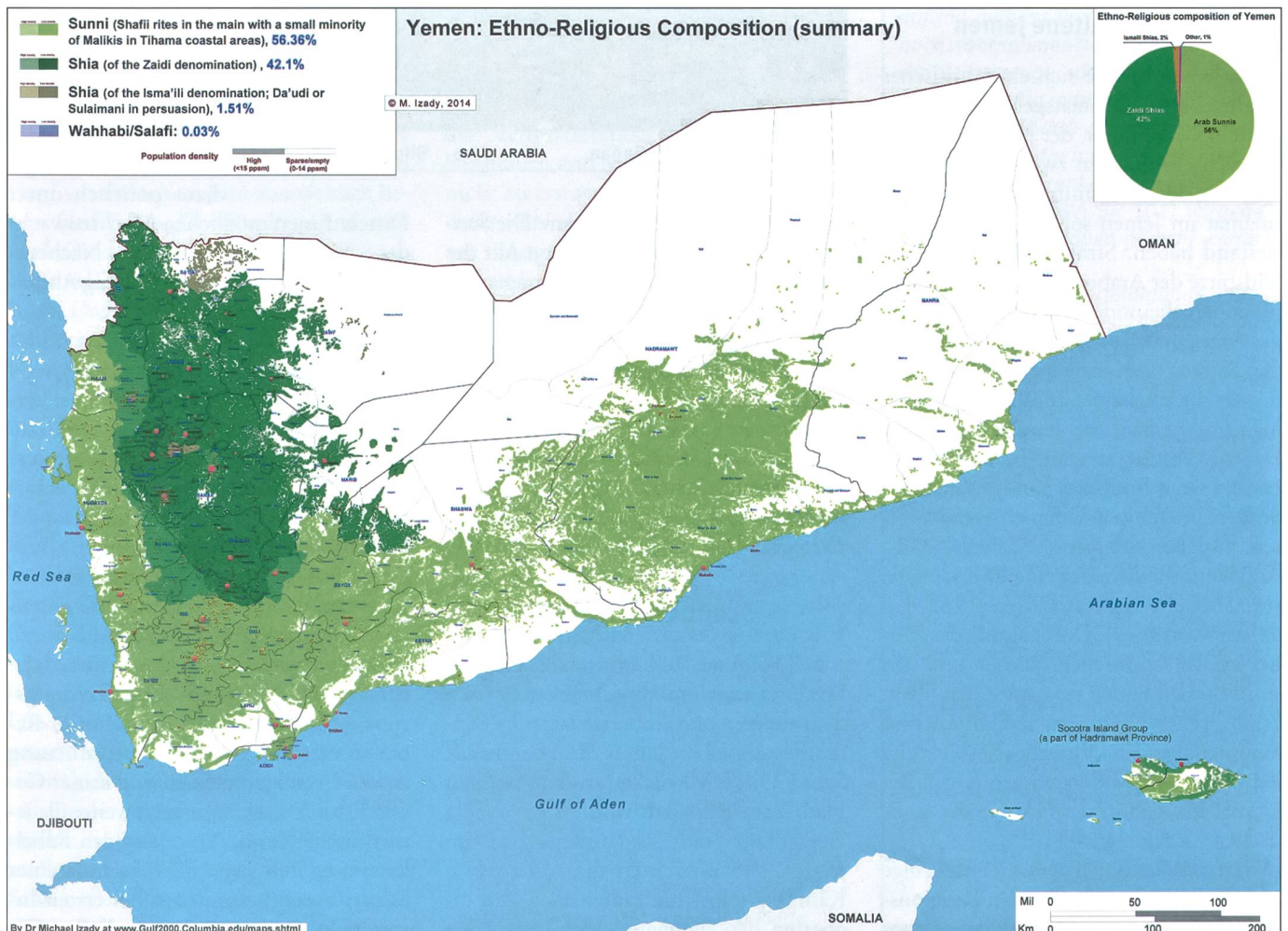
Blick ein «Grosser», der für Ruhe in seiner Nachbarschaft sorgen will.

Nachfolge des Propheten

Seit dem Tod des Propheten 632 streiten sich die Muslime (arabisch «die sich Gott Unterwerfenden») um dessen rechtmässige Nachfolge. Während die Mehrheit der Gläubigen (etwa 85%) Mohameds treuen Weggefährten Abu Bakr als ersten Kalifen (arabisch «Nachfolger») und die damit verbundene Entwicklung des Sunnismus unterstützen, lehnten die rest-

lichen 15% dieses ab. Die Sunniten bevorzugten somit eine «Wahl», die sich später in den meisten Fällen zu einer dynastischen Nachfolge entwickelte und erst 1924 ein Ende fand. Eine muslimische Minderheit ist überzeugt, dass lediglich die familiären Nachfahren Mohameds einen Anspruch auf dessen Nachfolge besitzen. Sie erkennen den vierten Kalifen, Ali, Cousin, Schwieger- und Adoptivsohn des Propheten sowie seine leiblichen Nachfahren als rechtmässige Nachfolger an. Sie nennen ihn Imam (arabisch «Vorsteher»). Nach dem arabischen Wort für Anhänger/Par-

Sunni und Shia in Jemen. Bild: etrafika.net



rei, «Shia», bezeichnet man diese Glaubensrichtung als Schiismus. Neben dieser rein formalen Unterscheidung ist der religiöse Aspekt, insbesondere in der heutigen Zeit, nicht zu vernachlässigen. Im Gegensatz zu den Sunniten glauben die Schiiten an eine «unsichtbare» spirituelle Übertragung Allahs auf die Nachfahren Mohameds, dem letzten der fünf grossen Propheten (nach Noah, Abraham, Moses und Jesus). Die grösste Gruppe der Schiiten, die sogenannten Zwölfer Schiiten, erkennt insgesamt zwölf Imame als rechtmässige Nachfolger an.

Im Laufe der kommenden Jahrhunderte wuchs und zerbrach der muslimische Machtbereich mehrfach. Gemäss dem Motto «cuius regio, eius religio» (wem das Land, dem die Religion) verteilten sich die beiden gegensätzlichen Glaubensrichtungen auf die verschiedenen Staaten. So gelten die 80 Millionen Iraner als schiitische Schutzmacht für ihre Glaubensbrüder in Aserbaidschan, Bahrain, Libanon und dem Irak. Der Jemen, Syrien sowie Saudi-Arabien verfügen ebenfalls über nicht zu vernachlässigende schiitische Minderheiten.

Das gesplattene Jemen

Im Jemen bildete sich ein schiitisches Imamats, also ein Staatsgebilde, welches ein religiöser Führer, der Imam (nicht zu verwechseln mit den zwölf anerkannten Imamen des Schiismus), regiert. Dieses Imamats im Jemen sollte fast 1000 Jahre Bestand haben. Strategisch gewann die Südspitze der Arabischen Halbinsel auch für andere, besonders nach der Eröffnung des Suezkanals 1869, an Bedeutung. Um den Seeweg nach Indien zu schützen, besetzten die Engländer 1839 Aden, die damals grösste Stadt im Jemen. Nach dem Ersten Weltkrieg entstand im Norden des Landes ein schiitisches Königreich unter dem Imam Yahya. Nach mehreren Revolten, in denen der grosse Nachbar Saudi-Arabien immer wieder eine Rolle spielte, stürzten sunnitische Offiziere 1962 den letzten «Vorsteher». Die Spaltung des Landes in den schiitischen Norden und den sunnitischen Süden verstärkte sich. Etwa 70 % der 25 Millionen Jemeniten sind Sunniten. Fast ein Drittel der Bevölkerung jedoch, vorwiegend in der gebirgigen Region Saada, gehört der Gruppe der schiitischen Zaiditen an.

Bereits 2004 brach der unterschwellige Konflikt zwischen den beiden Religionsgruppen erneut aus. Angeführt anfangs

von dem charismatischen ehemaligen Parlamentsabgeordneten Hussein Al-Houthi, von dem sich der Name der heutigen Rebellen ableitet, und nach dessen Ermordung von dessen jüngeren Bruder Abdoulmalik Al-Houthi. Diese ersten Kämpfe zogen sich bis 2008 hin. Die Brüder Houthi behaupten, der Familie des Propheten Mohamed anzugehören.

Aus Angst vor Abspaltungsbewegungen im Land der 70 000 Moscheen, gingen die Regierungen oft auch gewaltsam gegen die Zaiditen vor. Sie liessen deren Büchereien schliessen, religiöse Gemälde und Symbole zerstören und verboten das Fest Ghadir Khumm. Im schiitischen Islam gedenkt dieser Tag der Bestimmung Alis zum Nachfolger durch den Propheten Moha-



Spuren des Krieges in Sanaa.

Bild: wikipedia.com

med selbst an der Oase Khumm. Die Sunniten hingegen bestreiten diesen Akt der Nachfolgeregelung. Bombardierungen der Armee vertrieben mehr als 750 000 Menschen und zerstörten zu grossen Teilen Infrastruktur und Lebensgrundlage der schiitischen Bevölkerung. Grund genug für einen erneuten Aufstand, der um die gesellschaftliche Anerkennung und Akzeptanz der schiitischen Gebräuche und Lebensweisen, aber natürlich auch um geostrategischen Einfluss kämpft.

Schiitische Erfolge

Seit Sommer 2014 erringen die Houthi-Kämpfer einen militärischen Erfolg nach dem anderen und eroberten sogar im September desselben Jahres die Hauptstadt Sanaa. Dieses Vorrücken zwang Präsident Hadi zum Rücktritt und Flucht in die viertgrösste Stadt des Landes, Aden. Im März 2015 erreichten die schiitischen Kämpfer selbst die Hafenstadt und eroberten den Flughafen. Präsident Hadi

floh nach Riad. Seither rückt der Konflikt immer weiter in den Vordergrund und beunruhigt besonders den nördlichen Nachbarn. Nicht nur Saudi-Arabien befürchtet die Errichtung eines «schiitischen Bogens» – also einen Bogen der schiitischen Dominanz vom Iran über Bagdad und Syrien bis hin zum Libanon. Teheran finanziert den bislang erfolgreichen Feldzug der «Glaubensbrüder» und erinnert damit an seine unterstützende Rolle bei der libanesischen Partei Gottes, der Hisbollah. Ein Umstand, den das saudische Königshaus nicht unbeachtet lassen konnte, zumal etwa 15 % der eigenen Bevölkerung ebenfalls Schiiten sind. Sie bewohnen hauptsächlich die rohstoffreiche Küste des Persischen Golfs. Ein erfolgreicher

Machtwechsel nach dem Irak im Norden nun auch im Süden könnte politische und gesellschaftliche Begehrlichkeiten bei den saudischen Schiiten wecken. Auch im benachbarten Bahrain sah Riad sich gezwungen, im März 2011 militärisch einzugreifen. Damals setzten Demonstrationen der schiitischen Bevölkerungsmehrheit das sunnitische Königshaus politisch unter

Druck. Einen möglichen Machtzuwachs des Schiismus in unmittelbarer Nachbarschaft liess der verstorbene König Abdullah auch damals nicht zu.

Nachdem die Houthi-Milizen in der südlichen direkten Nachbarschaft neun von 21 Provinzen des Landes erobert hatten, erreichte die Situation im März 2015 einen kritischen Punkt. Riad musste reagieren. Am 26. März startete eine arabische Koalition Luftangriffe auf Ziele der Houthi-Rebellen. Trotz enormer Überlegenheit der Partner, zu denen Ägypten, Marokko, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Katar, Kuwait, Sudan und Jordanien gehören, ist der militärische Effekt der Operation «Entscheidungssturm» bislang begrenzt. Die Houthi-Rebellen erfreuen sich der Unterstützung des Ex-Präsidenten Saleh und seiner Gefolgsleute. Diese dominieren weiter die jemenitische Armee. So gelang den Rebellen am 6. Juni sogar der Abschuss einer Scud-Rakete (bekannt aus der ersten Invasion des Iraks 2003) auf saudisches Ge-

biet – ohne militärische, jedoch mit psychologischen Wirkungen.

Das Erreichen Adens durch die Houthis beunruhigte natürlich auch die Weltgemeinschaft, die eine Bedrohung für die 27 km breite Meerenge des Bab al-Mandab (arabisch für «Tor der Tränen»), welche den Golf von Aden mit dem Roten Meer verbindet, befürchten. Nicht umsonst entsandte Ägypten im April Kriegsschiffe in die Region. Selbstredend reagierte der Iran mit der Verlegung eines Marinerverbandes in den Golf von Aden. Auch Persien hat ein Interesse an freien Schifffahrtsrouten, so der Befehlshaber der Marine. Dagegen ist das prioritäre Ziel der Koalition die Rückkehr Präsident Hadis an die Macht und Fortsetzung des vom Golfkooperationsrat gesponserten politischen Transformationsprozesses.

Folgen des Stellvertreterkrieges

Doch bevor es dazu kommt, leidet in diesem Stellvertreterkrieg vor allem die Bevölkerung. Die Vereinten Nationen melden im Juni, dass die Zahl der von Hilfslieferungen Abhängigen auf sechs Millionen anwuchs. Über 40% der Menschen leben unter der Armutsgrenze. Mehr als eine Millionen Menschen gelten als «displaced persons». Die maritime Blockade der Koalition verschlimmert die Situation noch zusätzlich. Auch die von der UN vermittelten Friedensgespräche in Genf scheiterten im Juni vorerst nach bereits fünf Tagen. Der Sondergesandte Ismail Ould Cheikh Ahmed schätzt den Hilfsbedarf im Jemen auf 1,4 Milliarden Euro. Das ärmste der arabischen Länder droht durch den Bürgerkrieg, die Schwächung der Zentralregierung und die Einmischung externer Mächte ins Chaos zu verfallen. Neben dem Leid für die Bevölkerung könnte dieses Chaos auch den aus anderen Regionen vertriebenen Al Qaida-Terroristen Unterschlupf ermöglichen. Armut, fehlende Zentralgewalt und Rechtlosigkeit wie auch in Somalia sind ein Magnet für Terroristen. Erwähnenswert auch die Tatsache, dass das Land von Weihrauch, Myrrhe und Gewürzen Herkunftsland der Familie Osama Bin Ladens ist. Die letzte der Frauen des ehemals meist gesuchten Terroristen der Welt stammt aus einem kleinen jemenitischen Dorf namens «Al-Qaida». Bereits im November 2000 machte die Südspitze der Arabischen Halbinsel als Sammelbecken für Terroristen Schlagzeilen. Damals kam es zu einem Al-Qaida-Attentat auf den amerikanischen

Zerstörer «USS Cole» im Hafen von Aden, wobei 17 Matrosen den Tod fanden.

Objektiv betrachtet trennt die Schiiten aus dem Iran und Jemen mehr als man denken mag. Während die meisten Schiiten, so auch die Iraner, an zwölf Imame glauben, gehören die jemenitischen Zaiditen hingegen zu den «Fünfer-Schiiten». Sie erkennen Zayd Ben Ali als fünften und letzten legitimen Nachfolger des Propheten Mohameds an. Diese Glaubensrichtung unterscheidet sich von jener im Iran, den sogenannten «Zwölfer-Schiiten». Die Zaiditen betrachten sich als moderate Muslime und teilen sogar einen Grossteil der religiösen Interpretation der Sunniten. Trotzdem nutzt der Iran jede Gelegenheit, sein Einflussgebiet zu Lasten Saudi-Arabiens zu erweitern. Doch in diesem Fall handelt es sich weniger um eine religiöse Konformität als um ein geopolitisches Ziel.

Quo Vadis?

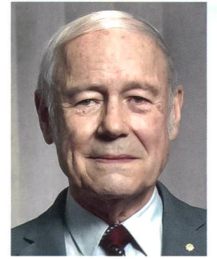
Entscheidend für Riad ist auf alle Fälle die Abwendung der drohenden schiitischen Umklammerung aus dem Irak im Norden und dem Jemen im Süden. Ein Scheitern des alawitischen, eine ebenfalls schiitische Glaubensrichtung, Assad-Regimes in Syrien, käme König Salman darüber hinaus mehr als gelegen. Ein Ende des Stellvertreterkrieges im Lande von Weihrauch und Myrrhe ist kurzfristig also nicht zu erwarten. Grundvoraussetzung dafür wäre ein Einfrieren jeglicher externer Einmischung, bevor Jemen ebenfalls endgültig zum «failed state» zerfällt. Selbst eine Teilung in Nord und Süd, wie in der Vergangenheit bereits schon einmal durchlebt, ist nicht das unwahrscheinlichste Szenario. Auf jeden Fall obliegt es den Erben der Königin von Saba, das Schicksal ihres Landes in die eigenen Hände zu nehmen. Eine Versöhnung oder wenigstens eine gegenseitige Akzeptanz zwischen Sunniten und schiitischen Zaiditen muss am Ende eines langwierigen und schwierigen Verständigungsprozesses stehen. Nur so können die Jemeniten wieder von Frieden und Stabilität träumen und mit Recht von «Arabia Felix» sprechen. ■



OTL im Generalstab
Heino Matzken
Diplom Informatiker
Deutscher VtdgAttaché
in Belgien
1150 Woluwe St Pierre

Aus dem Bundeshaus

Es geht um einen Parlamentarischen Vorstoss mit Bezug auf die Vorlage des Bundesrates «Weiterentwicklung der Armee – Änderung der Rechtsgrundlagen» (14.069).



Am 18. Juni 2013 fragten Nationalrätin Verena Herzog (SVP/TG) und 55 Mitunterzeichnende in ihrer Interpellation den Bundesrat (BR): «Kann die Armee ihren Verfassungsauftrag noch erfüllen?» (13.3459). Sie stützten sich auf Artikel 58 Absatz 2 der Bundesverfassung und begründeten, die Armee habe den «umfassenden Auftrag, die Bevölkerung zu schützen und im Notfall zu verteidigen». Auf diesem Schutz beruhen letztlich unser Wohlstand und unsere Lebensqualität. Alle und insbesondere Frauen und Kinder profitierten davon, weil sie in Frieden und Sicherheit aufwachsen können. Frage 1: «Kann die Armee nach dem Abbau des Bestandes auf nur noch 100 000 Soldaten ihren umfassenden Schutz- und Verteidigungsauftrag gemäss Verfassung überhaupt noch wahrnehmen?» Der BR antwortete, er sei überzeugt, «dass die Armee auch mit dem künftig reduzierten Sollbestand von noch 100 000 Armeeingehörigen und einem Budgetrahmen von jährlich 4,7 Milliarden Franken allen in der Bundesverfassung (BV; SR 101) vorgegebenen Armeeaufgaben gerecht werden kann».

Frage 4: «Wird der Verteidigungsauftrag nach [...] der Bestandesreduktion und in Anbetracht der hohen Personalbedürfnisse für subsidiäre Einsätze stillschweigend aufgegeben oder als «zweitklassig» angesehen?» BR: Die Armeeaufgabe Verteidigung werde weder aufgegeben, noch sei sie zweitklassig. Sie könne «im Sinn des Kompetenzerhalts wahrgenommen werden, ohne dass die Sicherheit der Schweiz darunter leidet». Die Lage in Europa lasse die Wahrscheinlichkeit der Verwicklung der Schweiz in einen militärischen Konflikt als eher gering erscheinen. – Am 27. September 2013 wurde die Diskussion verschoben und die Interpellation am 19. Juni 2015 abgeschrieben, «weil seit mehr als zwei Jahren hängig» [sic!].

Oberst Heinrich L. Wirz
Militärpublizist/Bundeshaus-Journalist
3047 Bremgarten BE